

1 Antragsteller: Wendepunkt – Junge Sozialisten und weitere Aktive

2 **Germany First? Nein zu Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern**

3 **Einberufung einer Vollversammlung für die Gebührenfreiheit des Studiums und eine weltoffene**

4 **Hochschule und Gesellschaft**

5 FDP und CDU wollen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern in Höhe von
6 1500 Euro pro Semester einführen. Sie behaupten damit, die Hochschulfinanzierung stärken zu
7 wollen, während die FDP in ihrem Wahlprogramm offen kundtut, dass *„alles einmal auf den*
8 *Prüfstand muss: Öffentliche Ausgaben, Subventionen, Programme und Staatsbetriebe“*. Die
9 öffentliche Daseinsvorsorge soll in allen Bereichen zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinnlogik
10 zurückgedrängt werden.

11 Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern sind in besonderer Weise anti-sozial,
12 weil sie das Prinzip des nationalen Egoismus und der globalen Konkurrenz forcieren und damit
13 gegen die Errungenschaften der Vereinten Nationen und jedwedes fortschrittliche Bildungs- und
14 Gesellschaftsverständnis gerichtet sind. Im UN-Sozialpakt wird das Recht auf die Gebührenfreiheit
15 des Studiums begründet mit dem Anspruch: *„Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der*
16 *menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und*
17 *Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen*
18 *Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten*
19 *Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“*

20 Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern richten sich gegen einen solchen
21 aufgeklärten und emanzipatorischen Bildungsanspruch und bestrafen stattdessen diejenigen, die
22 nicht zum „Wirtschaftsraum“ Europa gehören. Sie suggerieren damit einen Interessengegensatz
23 zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, obwohl sämtliche Zivilisationsfragen, Frieden, der
24 Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Verwirklichung der politischen und sozialen
25 Menschenrechte, nur durch globale Kooperation gelöst werden können und die Bildung mündiger
26 Persönlichkeiten sowie auch wissenschaftlichen Austausch voraussetzen. Daran haben alle ein
27 Interesse.

28 Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern sind kein Mittel der
29 Hochschulfinanzierung, sondern Teil von Kürzungspolitik und Abschottungspolitik. Sie treffen
30 tendenziell Menschen aus den ärmsten Teilen der Welt, die solche Gebühren häufig nicht zahlen
31 können und deswegen von der Aufnahme eines Studiums abgehalten oder zum Abbruch gezwungen
32 werden – damit können auch studentische Aufenthaltsvisen hinfällig werden. In Baden-

33 Württemberg werden die bereits in gleicher Weise eingeführten Studiengebühren fast vollständig
34 für das Stopfen von Haushaltslücken unter Akzeptanz der „Schuldenbremse“ genutzt.
35 Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern sind finanziell und ideologisch Teil der
36 Kommerzialisierung der Hochschulen und zielen auf die Wiedereinführung von allgemeinen
37 Studiengebühren.

38 Die Hochschulen haben sich in den letzten Jahren zunehmend von den Fesseln der
39 antiwissenschaftlichen und antidemokratischen „unternehmerischen Hochschule“ befreit und sich
40 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gestellt. Die Universität Köln hat sich in ihrer Grundordnung
41 den Auftrag gegeben:

42 *„Die Universität zu Köln trägt im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von
43 Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung bei. Sie
44 will ein Ort lebenslangen Lernens sein. Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die
45 Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen
46 Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der
47 Verständigung und Kooperation ein. [...] Die Universität zu Köln entwickelt ihren Beitrag zu einer
48 nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren [...] Aufgaben
49 unabhängig von außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer
50 internationalen Zusammenarbeit.“*

51 Für eine menschenwürdige Welt muss internationale Kooperation und der Zugang zu
52 wissenschaftlicher Bildung über soziale und nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden.

53 Das Studierendenparlament bekräftigt den Anspruch eines wissenschaftlichen Studiums, das auf die
54 Bildung mündiger Persönlichkeiten und die kooperative Verbesserung der Lebensverhältnisse
55 gerichtet ist.

56 Das Studierendenparlament spricht sich daher gegen jede Form von Studiengebühren, insbesondere
57 auch gegen die von schwarz-gelb geplanten Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-
58 Ländern aus. Ein Angriff auf die Rechte von einigen ist immer ein Angriff auf die Rechte von allen.

59 Das Studierendenparlament ruft zeitnah eine Vollversammlung ein, um das weitere Vorgehen für ein
60 gebührenfreies Studium für alle zu beraten.